



Liebe Magdeburgerinnen und Magdeburger, liebe Wählerinnen und Wähler, liebe Interessierte, wie Sie wissen, bin ich im Herbst des letzten Jahres für den Wahlkreis Magdeburg direkt in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Im Bundestag bin ich Mitglied in den Ausschüssen für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie Kultur und Medien. Mit diesem Newsletter möchte ich Sie über meine Arbeit im Deutschen Bundestag und vor Ort in meinem Wahlkreis informieren. Bei der Lektüre wünsche ich Ihnen viel Spaß.

Ihre Dr. Rosemarie Hein



## Für Objektivität in der Debatte

– Zum Kandidaten Joachim Gauck

Juli 2010

Bereits im Vorfeld der Bundesversammlung erreichten die Abgeordneten, die Wahlfrauen und Wahlmänner der LINKEN Aufforderungen, den Bürgerrechtler Joachim Gauck zum Bundespräsidenten zu wählen. Bürgerinnen und Bürger verbanden ihre Aufforderung mit der Hoffnung, damit ein Zeichen für eine andere Politik setzen zu können. Nun, nachdem sich die Mehrzahl der LINKEN im dritten Wahlgang enthalten hat, gibt es bei vielen Unverständnis, Enttäuschung, ja harsche Kritik. Ein Chance sei verpasst worden. Ist das wirklich so?

Joachim Gauck war von SPD und Grünen nominiert worden, ohne dass es zuvor den Versuch einer Verständigung mit der LINKEN gegeben hätte. Der Kandidat selbst hat im Vorfeld der Wahl mehrmals betont, nicht auf die Stimmen der LINKEN zu schießen. Das ist glaubwürdig. Und ich nehme es dem Mann nicht einmal übel. Das entspricht seiner politischen Erfahrung und seinem Wirken auch nach der Wende. Es ist konsequent. Mit der möglichen Wahl eines Bundespräsidenten Gauck verband sich für viele die Hoffnung auf eine andere Politik. Diese Hoffnung halte ich für trügerisch. Der Bundespräsident unterschreibt zwar die beschlossenen Gesetze – im Ausnahmefall auch mal nicht – , aber auf die Inhalte dieser Gesetze hat er keinen weitreichenden Einfluss über den der Verfassungsmäßigkeit hinaus.

Nach der Vorstellung von Joachim Gauck in der Fraktion DIE LINKE im Bundestag war mir endgültig klar: politisch gibt es zwischen Wulff und Gauck keinen Unterschied. Wie Wulff steht Gauck zu den skandalösen Gesetzen zu Hartz IV, Impulse für eine sozial gerechtere Politik sind von ihm nicht zu erwarten. Wie Wulff stützt er die Entscheidung der Bundesregierung zur Kriegsteilnahme, die Beobachtung der LINKEN durch den Verfassungsschutz hält er für gerechtfertigt, wobei seine Annahme, die bundesdeutschen Geheimdienste würden, weil demokratisch legitimiert, nur öffentlich zugängliche Quellen benutzen, ob seiner beruflichen Erfahrung erstaunlich naiv anmutet. Nein, Gauck hat mit keiner Silbe einen politischen Grund für seine Wahl gegeben, mit seiner Wahl wäre politisch nichts in Deutschland zum Positiven zu verändern, es wäre eher ein Zeichen für ein Weiter so.

Foto: DIG Trialon



Genau so wurde es von den vielen Unzufriedenen in der Koalition auch erkannt. Sie hatten die Möglichkeit, ihre Kritik an der Kanzlerin mit einem Kandidaten zu verbinden, der für eine Fortsetzung ihres grundsätzlichen neoliberalen Kurses steht, teilweise sogar noch eine Verstärkung des Sozialabbaus – auch diese Stimmen gibt es ja in der Koalition – in Aussicht stellte. Gauck war der Mann für das verstärkt neoliberale Profil bundesdeutscher Politik und damit in keiner Weise ein Angebot an DIE LINKE, sondern an die Unzufriedenen in der Koalition. Warum aber stellen sie ihn auf, wenn sie eigentlich einen Politikwechsel wollen? Dahinter steht für mich eine Perversion von Politik: Man bietet eine personelle Nicht-Lösung, um die Regierung vorzuführen, ja zu Fall zu bringen. Die Regierung Merkel sollte durch die Wahl von Joachim Gauck zum Rücktritt gezwungen werden um eine andere Regierungskonstellation möglich zu machen. Diese andere Regierungskonstellation wäre aber wegen der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag kein Mitte-Links-Bündnis geworden, sondern eher eine große Koalition.

Aber was ist daran Politik? Mit einer Bundespräsidentenwahl, also einem Amt, aus dem Parteienstreitigkeiten und ideologischen Streitereien herauszuhalten ist, die Regierung stürzen zu wollen – das ist schon ein seltsames Politikverständnis, dem aber offensichtlich in allen Parteien Akteure und Akteurinnen erlegen sind. Nun mutmaßen manche, man hätte durch Neuwahlen ein anderes Kräfteverhältnis herstellen können und dann wäre eine andere Politik möglich gewesen. Also sei die Nichtwahl von Gauck eine verpasste Chance. Das hätte nun Auswirkungen auf die künftige Zusammenarbeit von Rot-Rot-Grün. Doch zuerst zum Thema potentielle Neuwahlen: Diese Möglichkeit bestünde nur auf dem „Schröderweg“. Also wenn die Kanzlerin die Vertrauensfrage stellt und dafür keine Mehrheit erhält.

Schon im zweiten Wahlgang war klar, dass es die Koalition soweit nicht kommen lassen würde. Vor allem die FDP kann angesichts der aktuellen Umfragemlage keinerlei Interesse daran haben. Auch die CDU würde nicht gewinnen. Die Abtrünnigen im Koalitionslager wollten aber Merkel weg haben, nicht ihren eigenen Einfluss auf die Regierung. Bleibt also nur: Die Union hat die Faxen dicke mit der FDP. Aber dann muss sie auf eine große Koalition zusteuern. Das käme der SPD durchaus entgegen. LINKE und Grüne braucht sie dafür nicht, nur als Schwungmasse für ein ziemlich durchsichtiges Manöver.

Aber die Sache hatte für SPD und Grüne noch einen anderen Charme. Man glaubt doch zu wissen, was der LINKEN besonders weh tut: Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Und darum war Gauck ein Zugpferd in doppelter Richtung: Die Unzufriedenen im Regierungslager ködern und DIE LINKE zerreißen. Denn Zusammenarbeit war nicht gewollt. Wäre das wirklich das Ansinnen gewesen, hätte man im Vorfeld über einen gemeinsamen Kandidaten verhandelt und nicht erst Überredungskünste geübt, als eigentlich alles schon entschieden war – nach dem zweiten Wahlgang. Nein, DIE LINKE soll eigentlich weg. Sie stört. Was nun die Hoffnung auf eine künftige Zusammenarbeit von Rot-Rot Grün betrifft: wer das wirklich will, sucht nicht einen Kandidaten, von dem er vorher weiß, dass sich hier die Geister scheiden. Er setzt ihn auch dem potentiellen Bündnispartner nicht vor nach dem Motto „friss oder stirb“. Und er setzt ihn nicht unter Druck. Vielmehr wurde von den Wahlfrauen und Wahlmännern der LINKEN erwartet, dass sie sich in eine Vasallentreue zu möglichen künftigen politischen Partnern begeben, auf die es keinen auch irgendwie gearteten Wechsel gab. Das war kein Angebot, sondern ein politischer Erpressungsversuch. Nein, wer so mit potenziellen Partnern umgeht, der will keine Partnerschaft, der will Gefolgschaft, oder noch schlimmer, er will auch das nicht, sondern vielmehr einen Grund, warum man mit der LINKEN keinesfalls Politik machen kann. Sicher trifft das nicht auf alle Mitglieder der anderen Fraktionen zu. Doch auch hier, in den eigenen Reihen hat das Manöver der Parteistrategen funktioniert.

Insofern war die Entscheidung für Gauck eine hervorragende für parteipolitische Taktikspielchen, aber eben keine für das, was eigentlich dringend erforderlich ist: eine andere Politik in Deutschland.

Foto: D. Gast/pixelio.de



### **Bildungspolitische Wochen im Deutschen Bundestag:**

Wer für die Koalition einen heißes Frühjahr in bildungspolitischen Fragen erwartet hatte, wurde nicht enttäuscht. Alle Studien der letzten Zeit belegen: Nur längeres gemeinsames Lernen, eine bessere Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie ein Bildungssystem, das eine gerechte Teilhabe garantiert, ist zukunftsfähig.

### **Kleine Anfragen:**

*Bildungsfinanzierung:* Einschätzung und Vorhaben der Bundesregierung (Drs. 17/640)

Gute Bildung ist ohne mehr Geld nicht zu machen. Doch die von der Bundesregierung geplanten Mehrausgaben für die Bildung schrumpfen bei näherem Hinsehen fast gänzlich zusammen. Offenbar setzen Union und FDP darauf, dass vor allem Privatpersonen selbst mehr Geld für Bildung ausgeben, sozial Schwächere bleiben dabei auf der Strecke. Mit der Anfrage hakten wir nach, welche Vorhaben geplant sind.

Antwort: [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7767813135\\_1700640.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7767813135_1700640.pdf)

### **Anträge:**

*Soforthilfeprogramm Kultur:* - Erhalt der kulturellen Infrastruktur einrichten (Drs. 17/552)

Die Auswirkungen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise bedrohen auch und gerade die Kulturstrukturen. Deshalb soll ein „Soforthilfeprogramm Kultur“ zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur eingerichtet werden, für das der Bund eine Milliarde Euro bereitstellt. Ziel ist es, im Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen über den Erhalt der baulichen Substanz hinaus die Arbeit der Kulturstätten weiterhin zu gewährleisten.

Antrag: [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7797154762\\_1700552.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7797154762_1700552.pdf)

*Bildungsföderalismus:* Kooperationsverbot in der Bildung unverzüglich aufheben (Drs.17/785)

Für den dringend nötigen Ausbau des Bildungssystems müssen Bund und Länder an einem Strang ziehen. Doch das ist bislang - durch das 2006 eingeführte Kooperationsverbot in der Bildung verboten. Deshalb kann z.B. das Ganztagsschulprogramm nicht fortgesetzt werden. Auch Bundesbildungsministerin Annette Schavan hat im Dezember erklärt, das Kooperationsverbot sei ein Fehler gewesen. Wir geben der Koalition mit diesem Antrag die Möglichkeit, den bereits erkannten Fehler jetzt schnell zu korrigieren.

Antrag: [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7791138247\\_1700785.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7791138247_1700785.pdf)

*LehrerInnen und ErzieherInnen:* Fachkräfteprogramm Bildung und Erziehung unverzüglich auf den bringen (Drs. 17/02019)

Allein in den nächsten 15 Jahren scheidet die Hälfte des Lehrpersonals an Schulen aus. In der frühkindlichen Bildung ist die Situation ähnlich - zusätzlicher Bedarf entsteht hier aufgrund des Ausbaus an Kita-Betreuung. Es müssen zusätzliche Lehramtsstudienplätze, Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher, Weiterbildungsangebote und Begleitprogramme geschaffen werden. Langfristig soll die Ausbildung von ErzieherInnen ebenfalls an den Hochschulen erfolgen.

Antrag: [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7729189622\\_1702019.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7729189622_1702019.pdf)

Foto:Dorothea Jacob/pixelio.de



Foto: V.Plack/pixelio.de

### **Bundestags-Wahlkreis 70 - Magdeburg und Schönebeck**

Als Abgeordnete der LINKEN bin ich zuständig für meinen Direktwahlkreis, das ist der Wahlkreis 70. Dieser besteht aus der Landeshauptstadt Magdeburg, sowie Schönebeck, Calbe, Barby, Förderstedt und den Gemeinden Elbe-Saale und Bördeland.

### Termine:

*Dienstag, 13. Juli 2010, 10.00 Uhr*

Pressegespräch mit Rosemarie Hein und der diesjährigen Teilnehmerin am Parlamentarischen Patenschaftsprogramm, Wahlkreisbüro von Rosemarie Hein, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

*Samstag, 21. August 2010, 16.00 Uhr*

Politisches Hearing im Rahmen der CSD-Tage in Magdeburg. „Vielfalt und Respekt – Magdeburg für das Diskriminierungsverbot im Grundgesetz“, Bühne des Straßenfestes in der Liebigstraße, 39104 Magdeburg

*Freitag, 27. August 2010, 15.00 Uhr*

Fachgespräch – „Wege zu einem bezahlbaren und gesunden Mittagessen für alle Kinder in Schule und Kita“, Landtag Magdeburg, Domplatz 6-9

*Wahlkreis-Sommertour mit Rosemarie Hein und Sabine Dirlich*

16. August 2010

18. August 2010

20. August 2010



Foto: mh.grafik/pixelio.de

### Kontakt:

Bundestagsbüro Berlin  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 71789

Telefax: 030 – 227 76566

Mail: [rosemarie.hein@bundestag.de](mailto:rosemarie.hein@bundestag.de)

Bürgerbüro Magdeburg  
Ebendorfer Straße 3  
39108 Magdeburg

Telefon: 0391 – 8190005

Telefax: 0391 – 8190006

Mail: [rosemarie.hein@wk.bundestag.de](mailto:rosemarie.hein@wk.bundestag.de)